bnr.de
blick nach rechts

21. Januar 2010 | 27. Jahrgang | Ausgabe 02/2010

INHALT

RECHTE SZENE 2

Rettende Finanzspritze **2**

Der vermögende Parteineuling Patrik Brinkmann eröffnet der „pro"-Truppe neue Perspektiven für den Wahlkampf – das Problem mit der dünnen Personaldecke bleibt allerdings bestehen.

Kursschwenk **3**

Bei der NPD scheint sich der „sächsische Weg" wieder durchzusetzen.

„Die Saat des Hasses" **4**

Zum 65. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg sind am 16. Januar rund 800 Neonazis durch die Elbstadt marschiert.

„Heilbringende Rassereinheit" **5**

Die „Lebenskunde"-Philosphie von Mathilde Ludendorff erfreut sich in rechtsextremen Kreisen großer Beliebtheit. Der rassistische „Bund für Gotterkenntnis" fungiert als ideologischer Sammelpunkt für ganze Familienverbände.

Freiheit der Kunst? **6**

Black Metal-Musiker mit braunen Flecken.

SEITENBLICK 7

Szenen aus der Provinz **7**

Das sächsische Limbach-Oberfrohna hat sich zu einem Veranstaltungsmagneten für Neonazis entwickelt. Gewalt und Morddrohungen bestimmen den Alltag vieler nicht-rechter Jugendlicher.

ANTISEMITISMUS 8

Hakenkreuze auf Grabsteinen **8**

Auch im vergangenen Jahr wurden wieder zahlreiche jüdische Friedhöfe und Einrichtungen geschändet. Nachfolgend dokumentiert bnr.de ausgewählte Vorfälle dieser Chronik des Hasses.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

Zweifel am „Endsieg" **10**

Im März 1945 ordnete Hitler die Zerstörung der gesamten Infrastruktur an – ausgerechnet Rüstungsminister Albert Speer verhinderte aber maßgeblich die Ausführung des so genannten „Nero-Befehls".

MELDUNGEN 11

Rettende Finanzspritze

Der vermögende Parteineuling Patrik Brinkmann eröffnet der „pro"-Truppe neue Perspektiven für den Wahlkampf – das Problem mit der dünnen Personaldecke bleibt allerdings bestehen.

Patrik Brinkmann ist da – und der Bettelbrief, mit dem „pro Köln" bis vor wenigen Tagen um Spenden warb, um einen „finanziellen Vernichtungsschlag" abzuwehren, ist von der Homepage der Rechtspopulisten wieder verschwunden. 33 775 Euro hatten sie zahlen sollen, weil sie nach der Kommunalwahl im August mehr als 1300 ihrer Plakate nicht wieder eingesammelt hatten und das Ordnungsamt zur Tat schreiten musste.

Drei Wochen später ist von der Gefahr eines „finanziellen Ruins" bei „pro Köln", der Landespartei „pro NRW" und dem bundesweiten Zweig „pro Deutschland" keine Rede mehr. Dort scheint man statt dessen in neuen Finanzdimensionen zu schwelgen und zu denken, nachdem man den als Millionär gehandelten deutsch-schwedischen Unternehmer Patrik Brinkmann als Neumitglied begrüßen konnte. Wie viel sich die Partei ihren Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen nun kosten lassen will und kann, hat sie bislang zwar nicht verraten – nur, dass der „finanzstarke Unternehmer aktiv den pro-NRW-Landtagswahlkampf unterstützen" werde. Eine konkrete Summe wird hingegen schon einmal für den im kommenden Jahr anstehenden Wahlkampf in Berlin genannt. „Unser Etat bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird nach dem Einstieg von Brinkmann insgesamt siebenstellig sein", erklärt „pro Deutschland"-Chef Manfred Rouhs. Eine Rechnung über 33 775 Euro verliert angesichts solcher Summen deutlich an Dramatik.

Auf größere Finanzspritzen ist „pro" auch dringend angewiesen, um überhaupt erst wahlkampffähig zu werden: Geld statt manpower. Allein auf die bescheidene Zahl der wirklich aktiven Mitglieder zu bauen und auf deren Bereitschaft, mit Infoständen und Verteilaktionen um Stimmen zu werben, wäre im größten Bundesland völlig illusionär. Die immer neuen Erfolgsmeldungen über die Gründung „kampagnenfähiger" Kreisverbände sind abseits vom Rheinland und von Teilen des Ruhrgebiets weithin nur Schall und Rauch. Zwar hat „pro NRW" nach eigenen Angaben bisher mehr als 60 Direktkandidaten nominiert und damit etwa die Hälfte der 128 Landtagswahlkreise abgedeckt. Doch abgesehen vom rheinischen Stammpersonal und einer Handvoll von den Republikanern gewechselter Kommunalpolitiker handelt es sich häufig um Nobodys, die zwar keine Vorleben in der extremen Rechten aufweisen und damit aus der Sicht der „pro"-Oberen vorzeigbar erscheinen, politisch aber völlig unerfahren sind.

Dabei soll es, glaubt man den Berichten von Teilnehmern solcher Veranstaltungen, angesichts der dünnen Partei-„Basis" vor Ort bei der Aufstellung der Kandidaten zuweilen etwas ungewöhnlich zugehen. Öffentlich unwidersprochen beispielsweise zitierte der Dürener NPD-Kreisvorsitzende Ingo Haller den Versammlungsleiter einer Kandidatennominierung von „pro NRW" so: „Weil nur ein einziges Mitglied anwesend sei, benötige man noch zwei ‚Freiwillige', die für mindestens einen Tag bei ‚PRO' Mitglied werden würden, damit ein Kandidat aufgestellt werden könne." Rechtlich sei das einwandfrei, habe es geheißen. Es sei zudem darauf hingewiesen worden, dass sogar „nur für die Dauer der Versammlung eine Mitgliedschaft notwendig sei, damit die Formalien bei der Kandidatenaufstellung gewahrt seien".

Bislang bildet neben dem rheinischen „Stammland" vor allem das Ruhrgebiet den Schwerpunkt der „pro"-Aktivitäten. Genau dort plant „pro NRW" am letzten März-Wochenende seine „Anti-Minarett-Konferenz". Vorgesehen ist samstags in einer nicht genannten Ruhrgebietsstadt ein Parteitag unter Beteiligung anderer rechtspopulistischer Parteien aus Europa und sonntags ein „Sternmarsch" zur Duisburger Merkez-Moschee. Dass es der „Bürgerbewegung" tatsächlich gelingen könnte, bis direkt vor die Moschee im Stadtteil Rheinhausen zu ziehen und noch dazu von mehreren Startorten im Ruhrgebiet aus, darf man angesichts der personellen Kapazitäten von „pro NRW" auf der einen Seite und des gesellschaftlichen Widerspruchs, auf den die Rechtspopulisten bereits mehr als zwei Monate vor der Aktion stoßen, bezweifeln. Doch ähnlich wie bei den in Köln 2008 und 2009 angekündigten „Anti-Islamisierungs-Kongressen" geht es Beisicht & Co. auch gar nicht vorrangig darum, wirklich konferieren und demonstrieren zu können. Ziel ist vor allem mediale Resonanz. Der Inhalt der Berichte ist weniger wichtig. Hauptsache Schlagzeile.

Tomas Sager

Kursschwenk

Bei der NPD scheint sich der „sächsische Weg" wieder durchzusetzen.

Zwischen NPD-Chef Udo Voigt und seinem schärfsten innerparteilichen Rivalen Holger Apfel stehen die Zeichen auf Wiederannäherung. Auf den ersten Blick nehmen sich die „beispielhaften Empfehlungen“, die die NPD nach dem eineinhalbtägigen Treffen ihrer Strategiekommission Mitte Januar in Berlin veröffentlichte, zwar dürftig aus. Doch unterm Strich dürften sie jene Kräfte in der Partei stärken, die sich nach dem Parteitag im Frühjahr in Abgrenzung zu Voigt hinter den von Apfel und seinem „Vordenker“ Jürgen Gansel proklamierten „sächsischen Weg“ gestellt hatten.

Dabei sind die bekannt gewordenen Empfehlungen der Strategierunde, die Voigt angesichts der Misserfolge des vorigen Jahres einberufen hatte, allgemein genug gehalten, um auch den offen neonationalsozialistischen Flügel zunächst einmal bei der Stange zu halten. Mögliche Änderungen am Parteikurs offenbaren sich oft erst beim genauen Hinsehen. So heißt es in der ersten Empfehlung, die NPD bleibe „die einzige authentische Oppositionspartei“ – was zunächst einmal noch keine Empfehlung ist. Angehängt ist aber ein Nebensatz: „bezogen auf die Probleme der Gegenwart“. Apfel & Co. hatten immer wieder die Vergangenheitsbezogenheit der bisherigen NPD-Mehrheit moniert. Beim Neujahrsempfang der Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern eine Woche vor dem Strategietreffen hatte er beispielsweise als Gastredner die Arbeit seiner sächsischen Fraktion als „oppositionelle Alternative von rechts“ beschrieben, die sich der „realen Gegenwartsprobleme“ annehme. Apfel: „Deshalb müssen wir unser Selbstverständnis als Nationalisten volksnah, gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert definieren.“

Wenig neu ist Empfehlung zwei: Proklamiert wird die „Öffnung der Partei für alle volks- und heimattreuen Kräfte, um deren Einheit zu fördern“. Spannend wird erst die konkrete Umsetzung und die Frage, ob die Öffnung für ausdrücklich „alle volks- und heimattreuen Kräfte“ künftig zum Beispiel Kampagnen ausschließt, wie sie vor einem Jahr mit antisemitischen Tönen gegen den „Achteljuden“ Andreas Molau gestartet wurden. Konsequenzen müsste die Empfehlung aber bei der künftigen Zusammensetzung des Parteivorstands haben, in dem der Apfel-Flügel (noch) fehlt.

Keinesfalls aufregend liest sich die dritte Empfehlung: „Die Wählerpotenziale müssen besser erforscht und erschlossen werden, um verfehlte Wahlkämpfe zu vermeiden.“ Allerdings stärkt auch sie die Linie der Fraktionschefs Apfel und Udo Pastörs, da beide darauf hinweisen können, dass es mit ihrem Kurs der NPD gelungen ist, ein für den Parlamentseinzug ausreichendes Potenzial zu erschließen.

Die folgenreichste Veränderung dürfte mit der vierten bekannt gewordenen Empfehlung verbunden sein: „Dem Parteivorstand wird vorgeschlagen, den Namenszusatz ‚Die Nationalen‘ durch ‚Die soziale Heimatpartei‘ zu ersetzen.“ Was zunächst nur wie eine Änderung des Labels erscheint, könnte mittelfristig weit mehr sein. Als „soziale Heimatpartei“ hatte Apfel die NPD häufig bezeichnet, zuletzt beim Neujahrsempfang in Schwerin. Seine Anhänger, wie etwa der saarländische Landeschef Frank Franz, hatten es nachgemacht. Damit griffen sie eine Formulierung auf, die von der FPÖ geprägt worden ist. Auch Republikaner, DVUler und sogar „pro NRW“ versuchten beziehungsweise versuchen, diese Eigenbezeichnung für jeweils ihre Partei einzubürgern. Beim NS-Flügel der NPD dürfte die Sorge groß sein, dass es nicht nur um ein neues Label geht, sondern um eine grundsätzliche Änderung des Kurses der Partei, quasi um eine „FPÖisierung“.

Die „von interessierter Seite herbeigeredeten Streitereien“ hätten nicht stattgefunden, heißt es in der Mitteilung der NPD über das Treffen im Januar, bei dem „31 Teilnehmer aus allen Teilen der Partei, Landtagsabgeordnete und parteilose Experten“ miteinander diskutierten. „In vielen Punkten“ hat demnach in der Strategiekommission, die zu weiteren Sitzungen zusammenkommen soll, sogar „kameradschaftlicher Einklang“ geherrscht. Ob es bei so viel behaupteter Harmonie bleibt, wenn es um die Umsetzung der Empfehlungen geht, bleibt offen. Zwar ist der parteiinterne NS-Flügel nach dem Tod von Jürgen Rieger geschwächt, sodass von dort kein unüberwindbarer Widerstand gegen einen neuen Kurs zu erwarten wäre. Problematischer könnte für die Partei aber eine Verschlechterung des Verhältnisses zu „parteifreien“ Neonazis sein.

Tomas Sager

„Die Saat des Hasses“

Zum 65. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg sind am 16. Januar rund 800 Neonazis durch die Elbstadt marschiert.

Es sind vor allem junge männliche Neonazis, die sich am Samstagvormittag am Magdeburger Hauptbahnhof sammeln. Mit jedem ankommenden Zug erhöht sich die Teilnehmerzahl, innerhalb von zwei Stunden wächst die Auftaktkundgebung der extrem-revisionistischen „Initiative gegen das Vergessen“ auf rund 800 Personen an. Die meisten tragen Schwarz, einige haben Fahnen und Transparente dabei. Unter dem Motto „Ehrenhaftes Gedenken statt Anpassung an den Zeitgeist“ setzt sich der so genannte „Trauermarsch“ kurz nach 13:00 Uhr an dem Samstag im Januar in Bewegung. Dominiert wird die Demonstration von Rechtsextremisten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, sie tragen Transparente mit Aufschriften wie „Im Gedenken an die Bombenholocaust-Opfer“ oder „Verbrannt Vernichtet Ausradiert – Eure ‚Freiheit‘ kam durch Mord“.

Während des knapp dreistündigen Aufmarsches halten die bekannten Magdeburger Neonazis Andy Knape und Andreas Biere sowie Gesinnungskameraden aus Bad Nenndorf (Niedersachsen) und Dresden verschiedene Redebeiträge. Als Ordner sind zum Teil einschlägig bekannte Szene-Aktivisten, wie der hafterfahrene Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe (Brandenburg) Michel Müller, tätig.

Steigende Resonanz in der Neonazi-Szene

An der steigenden Teilnehmerzahl des Aufmarsches lässt sich die Bedeutung des Themas für die bundesweite Neonazi-Szene ablesen. Waren es im Jahr 1998 nur eine Handvoll Neonazis, die ihre Kränze auf dem Friedhof ablegten, steigerte sich ihre Zahl bis heute in den fast vierstelligen Bereich.

Das eigentliche Ziel der Neonazis ist seit jeher der Magdeburger Westfriedhof, auf dem sich die Gedenkstätte für die Opfer des Luftangriffs vom 16. Januar 1945 befindet. Erst durch eine Änderung der Friedhofssatzung im Jahr 2006 konnte das Treiben der „Initiative gegen das Vergessen“ auf dem Friedhof gestoppt werden. Bis dahin kam es dort zu erschreckenden Szenen: Hunderte Neonazis standen in Reih und Glied um die Gedenkstätte und betrieben einen Ahnen- und Opferkult, der in seiner Ästhetik an nationalsozialistische Rituale erinnerte.

Schulterschluss mit dem Aufmarsch in Dresden im Februar

Der in Magdeburg stattfindende „Gedenkmarsch“ reiht sich in neonazistische Instrumentalisierungsversuche ein, die alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkriegs losgelöst von ihren Ursachen zu betrachten. Den Alliierten wird eine allgemeine „Kriegslust“ unterstellt, deren einziges Ziel „menschliche Verluste“ und die Zerstörung deutscher Städte gewesen sei.

Daher verwundert es auch nicht, dass die Organisatoren des Magdeburger Aufmarsches eine gemeinsame Internetseite mit dem „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ aus Dresden betreiben, wo jährlich im Februar der größte Aufmarsch der europäischen Neonazi-Szene stattfindet. Auch wird der Schulterschluss mit dem „Gedenkbündnis Bad Nenndorf“ gesucht, um gemeinsam an einer Revision der wahren geschichtlichen Hintergründe der alliierten Intervention gegen das Dritte Reich zu arbeiten. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) brachte es an dem Samstag in Magedburg auf den Punkt: „Die Neonazis, die heute vorgeben, um die bei diesen Luftangriffen getöteten Deutschen zu trauern, tragen die Saat des Hasses gegen andere Völker und gegen Andersdenkende fort.“ Daher laute die Losung: „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Fremdenhass. Nie wieder Krieg.“

„Menschenkette für Demokratie“

Bereits zum zweiten Mal organisierten die Stadt, das lokale „Bündnis gegen Rechts“ und über 100 Vereine eine „Meile der Demokratie“ mit verschiedenen Bühnen und Aktionen, an denen sich wie im Vorjahr rund 5000 Magdeburgerinnen und Magdeburger beteiligten. Höhepunkt des Tages war eine 1,5 km lange Menschenkette, die ein symbolisches „Band der Demokratie“ bildete.

Maik Baumgärtner

„Heilbringende Rassereinheit“

Die „Lebenskunde“-Philosphie von Mathilde Ludendorff erfreut sich in rechtsextremen Kreisen großer Beliebtheit. Der rassistische „Bund für Gotterkenntnis“ fungiert als ideologischer Sammelpunkt für ganze Familienverbände.

Mathilde Ludendorff scheint wieder „in“ in der Szene. Für 6,80 Euro gibt es ein Wandplakat mit ihren „deutschen Mahnworten“ beim extrem rechten „Lesen und Schenken“-Verlag von Dietmar Munier aus Martensrade. Ihr Gedicht „Sei deutsch!“ wird von „Freies Nordhausen“, dem „JVA-Report“ bis zum „Aktionsbündnis Ostfriesland“ als Verhaltenskodex gehandelt. Bei der NPD hat die 1966 verstorbene Ärztin und selbst ernannte Philosophin sogar Einzug in die Grundsatz-Definierung gehalten. So wird unter dem Schlagwort „Volk“ ihre Sichtweise des Begriffs als naturgegeben und biologisch bedingt aufgegriffen und zitiert: „Völker sind potenziell unsterblich“.

Gemeinsam mit ihrem Ehemann General Erich von Ludendorff sammelte sie seit den 20er Jahren Anhänger im „Bund für Gotterkenntnis“. Die Ludendorffs galten zunächst als Anhänger des Nationalsozialismus, überwarfen sich dann bei ihren ehrgeizigen Bemühungen aber mit Hitler. Ihre antisemitische, verschwörungstheoretische Weltanschauungslehre wurde vom NS-Regime jedoch als „dritte Konfession“ geduldet. Als Ludendorff starb, wurde 1937 ein Staatsbegräbnis angeordnet. Nach Kriegsende wurde seine Witwe in einem Entnazifizierungsverfahren als „belastet“ eingestuft. Dennoch gründete sie 1951 den „Bund für Gotterkenntnis – Ludendorff“ neu. Neben Tagungen und Vorträgen ging es vor allem um Jugendtreffen und rituelle heidnische Feiern. Wegen Verfahrensfehlern wurde ein 1961 ausgesprochenes Verbot durch ein bayerisches Verwaltungsgericht 1977 wieder aufgehoben. Seit Jahren gilt die braune Hintergrund-Organisation in einigen Bundesländern wieder als Beobachtungsobjekt. Ihre Hauptaktionsschwerpunkte scheinen die Ludendorffer zur Zeit vor allem in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Brandenburg und Schleswig-Holstein zu haben. Vorträge finden demnächst mehrfach in Minden und Dresden statt.

Unter dem Tarnmantel „Arbeitskreis für Lebenskunde“ stehen auch für 2010 unter anderem wieder eine „Erziehertagung und Familientreffen“, Jugend- und Familienlager, philosophische Schulungen und eine „Volkstumsfahrt“ nach Schweden an. Traditionell treffen sich 100 bis 200 Anhänger jedes Jahr über die Ostertage in Dorfmark in der Lüneburger Heide. In Baden-Württemberg und in Brandenburg betreibt die rassistische Gruppe Tagungshäuser. Im Nordwesten Niedersachsen, nahe Oldenburg, liegt zudem die „Ahnenstätte Hilligenloh“, von Ludendorff 1932 als privater Friedhof eingeweiht.

Nach Erkenntnis des Brandenburger Verfassungsschutzes propagiert der „Bund für Gotterkenntnis“ Lehren, „die als rechtsextremistisch gelten müssen“. Auch bestehen seit Jahren zahlreiche Kontakte ins völkische, neurechte und radikalere Lager. Manche Autoren des Ludendorffschen Blattes „Mensch und Maß“ gelten als Vielschreiber wie unter anderem Elke und Gundolf Fuchs, deren Kommentare und Leserbriefe auch in NPD- und Kameradschaftskreisen gelesen werden. Falko Gramse, pensionierter Verkehrsrichter und fleißiger Schreiber in „Mensch und Maß“, hatte 24 Jahre lang als ehrenamtlicher Dozent an der Berliner Landespolizeischule referiert, bis er 2007 nach einem bnr-Bericht von seiner Lehrtätigkeit entbunden wurde.

„Die Pflege der arteigenen Sitten“

In der extrem rechten Bewegung fungieren heidnisch geprägte Religionsgemeinschaften wie die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft“, Heidengruppen oder eben der „Bund für Gotterkenntnis – Ludendorff“ als ideologische Sammelpunkte für ganze Familienverbände. Einer Überalterung wird mit schwerpunktmäßiger Einbeziehung des Nachwuchses vorgebeugt. Bei der Ostertagung in Dorfmark tummeln sich jedes Jahr Jungen in Knickerbocker-Hosen und Mädchen mit Zöpfen und Dirndl-Kleidern. Demnach gehören zur Brauchtumspflege und der „Selbst- und Volkserhaltung“ zunächst die „Stärkung des Selbstbewusstseins und des Gemeinschaftssinnes“ sowie Kenntnisse über eine gesunde Lebensweise und „die Naturgesetze“. Wesentlicher Teil der Doktrin nach Mathilde Ludendorff sei die Einsicht, dass der Mensch „das Göttliche“ erleben kann. Heil brächte dabei „die Erhaltung der Rassereinheit und die Pflege des arteigenen Gotterlebnis, der arteigenen Kunst, arteigener Sitten“.

In der rechten Szene wird jedoch nicht nur auf die „Lebenskunde“-Philosophie Bezug genommen, sondern Mathilde Ludendorff auch als Autorin diverser Erziehungsschriften verehrt. In ihrem Buch „Der Kindes Seele

und der Eltern Amt“ von 1938 huldigt sie ihren Elite- und Rassevorstellungen, spricht sich aber klar gegen Drill und Zwang bei den Erziehungsmethoden ihrer Zeitgenossen aus: „Am besten entfaltet sich das Kind noch bei jenen sein Wesen verkennenden Erziehern, die nur ein kleines, recht anspruchsvolles, hungriges Säugetierchen in ihm sehen. Es wird dann körperlich gut versorgt und seelisch meist in Ruhe gelassen und deshalb zum mindesten nicht geschädigt“. Ludendorff empfiehlt ihren Anhängern, „das Elternamt“ nicht vor dem 20. Lebensjahr, aber auch nicht nach dem 30. anzutreten. Sie lehnt die „Aufzucht altkluger Vielwisser“ ab und verachtet Erwachsene, die sich an den „Tollspielen“ der Kinder beteiligen und sie so aus dem „Kinderparadies“ phantastischer Spiele vertreiben würden. Auch könnte durch die „tolle Ausgelassenheit“ das Achtungsverhältnis des Kindes den Eltern gegenüber leiden, das störe dann die „Aufzucht“.

„Reinblütige Kinder“ zur Sicherung der Volkserhaltung

Im Kapitel „Wegweiser zum Wissen“ vermittelt Ludendorff ihre Ansicht, Wissen komme durch die Eltern, Schule und Staat könnten nur Versäumtes nachholen. Verächtlich macht sie sich über christliche Erziehung her, bei der die Gleichheit der Menschen gepredigt und nichts über die Unterscheidung der „Rassen“ gelehrt würde. „Seht sie Euch doch an, diese armen, so schlecht beratenen Christenkinder, wenn sie in den Schulpausen miteinander plaudern. Da wünscht sich das Kind, das zehn Jahre später den Gatten wählt und dann darüber entscheidet, ob es Bastarde oder Deutsche unter seinem Herzen trägt, allen Ernstes schwarze Haare statt blonder, ein anderes aber wünscht sich wieder blaue Augen statt dunkle, und alle halten dies für eine ganz äußerliche Angelegenheit, so etwa wie die Farbe des Kleides“. Entsprechend „solcher schauerlichen Aufzucht“ sei dann auch die „Gattenwahl“. Als Ludendorffs Idealbild erscheinen „reinblütige Kinder“, die nach dem „sittlichen Gesetze der Reinheit“ die Volkserhaltung sichern würden.

Der bundesweit wirkende „Arbeitskreis Lebenskunde“ greift diese gefährliche Pädagogik auf, tarnt sich aber vor allem mit einem nicht-autoritären Anschein. Auf der Homepage heißt es: „Daher dürfen wir den Kindern und Jugendlichen im Ferienlager nur Vorbild sein, niemals aber von ihnen ein bestimmtes moralisches Verhalten verlangen.“

Andrea Röpke

Freiheit der Kunst?

Black Metal-Musiker mit braunen Flecken.

Die Berliner Volksbühne ist seit Jahren ein Ort von künstlerischen Prokationen. Doch der Auftritt der norwegischen Black Metal-Band „Mayhem“ am 17. Januar war für viele in erster Linie eine politische Provokation. Denn die vor 25 Jahren gegründete Band spielt nicht nur mit Insignien der rechten Szene. So ist „Mayhems“ Interimsänger Maniac auf einem Foto mit von Schweineblut übergossenem nacktem Oberkörper und einem in die Stirn geritzten Hakenkreuz zu sehen. Das Verwenden von NS-Symbolen begleitete die Geschichte der Band. Dass sie dazu bis heute stehen, zeigt das geplante Filmprojekt „Lords of Chaos“ über die Anfangsjahre der Gruppe.

Das Hantieren mit rechten Symbolen beschränkte sich bei manchem „Mayhem“-Musiker nicht nur auf die Bühne und das Platten-Cover. Band-Mitglied Varg Vikernes wird zu einer zentralen Figur des NS-Black Metal (NSBM) gerechnet. Diese innerhalb der Black Metal-Szene minoritäre Strömung verherrlicht in ihren Texten den Nationalsozialismus und Adolf Hitler. Eine Organisation in den USA begreift sich als Dachverband der NSBM-Bewegung. Gleich auf der Startseite ihrer Homepage finden sich zahlreiche Hakenkreuze. Sie propagieren die Vorstellung, dass zu viele Menschen auf der Erde leben und daher die Schwächsten unter ihnen sterben müssten. Mit Varg Vikernes unter anderem haben sie auf ihrer Homepage einen Musiker des NSBM unterstützt, der wegen Mordes verurteilt wurde.

Varg Vikernes saß wegen der Ermordung des „Mayhem“-Gitarristen Euronymous, mit dem er lange befreundet war, und wegen Brandstiftung an mehreren christlichen Kirchen in Norwegen neun Jahre im Gefängnis und wurde im vergangenen Jahr freigelassen. Die Kirchenbrandstiftungen waren politisch motiviert. Denn das Christentum wird in der Ideologie des NSBM als Feind der nordischen Religion gesehen.

In Deutschland spielt die rechte Black Metal-Bewegung eine sehr geringe Rolle. Die Band „Absurd machte vor allem durch ihr Mitglied Hendrik Möbius Schlagzeilen (bnr.de berichete).

Peter Nowak

Szenen aus der Provinz

Das sächsische Limbach-Oberfrohna hat sich zu einem Veranstaltungsmagneten für Neonazis entwickelt. Gewalt und Morddrohungen bestimmen den Alltag vieler nicht-rechter Jugendlicher.

„Treffpunkt: A4 Abfahrt Limbach-Oberfrohna, Richtung Limbach fahren, nach ein paar Minuten erreicht man auf der rechten Seite eine Jet-Tankstelle“: Diese Wegbeschreibung fand sich im vergangenen Jahr immer wieder in Einladungsschreiben verschiedener rechtsextremer Gruppen, wenn zu Veranstaltungen im „Großraum Chemnitz“ mobilisiert wurde.

Für Neonazis jeder Couleur war das Ziel dann immer gleich: die Gaststätte „Mannheim“ im Zentrum der Großen Kreisstadt Limbach-Oberfrohna. Neben einer Wahlkampfveranstaltung mit rund 200 Besuchern im August 2009, an der die NPD-Funktionäre Udo Pastörs und Holger Apfel sowie der braune Barde Frank Rennicke teilnahmen, fand hier im Oktober auch der Parteitag der NPD Sachsen statt. Auch das rechtsextreme „Freie Netz“ und der JN-Stützpunkt Chemnitz luden regelmäßig ins „Mannheim“ zu Veranstaltungen ein.

Zwar musste die NPD nach den letzten Wahlen einen ihrer zwei Sitze im Stadtrat räumen, doch mit der Parteifunktionärin und Landtagsabgeordneten Gitta Schüßler wohnt im Ort auch eine bundesweit bekannte Rechtsextremistin. Das Problem sind jedoch nicht nur organisierte Neonazis oder Parteistrukturen. Dominiert wird das Stadtbild von rechten Cliquen, die zum Teil nicht an organisierte Strukturen angeschlossen, dadurch aber nicht weniger gefährlich sind. Vor Supermärkten sammeln sich teilweise schon ab den frühen Morgenstunden rechts-offene Grüppchen, um Bier zu trinken und zu pöbeln. Aus diesem Milieu heraus kommt es immer wieder zu spontanen Gewaltausbrüchen gegen Migranten und alternative Jugendliche.

Den Neonazis ein Dorn im Auge sind vor allem die Mitglieder des Vereins „Soziale und Politische Bildungsvereinigung e.V.“. Die Vereinsräume, die hauptsächlich nicht-rechten Jugendlichen als Anlaufpunkt dienen, waren seit Oktober 2008 immer wieder das Ziel von politisch motivierten Sachbeschädigungen. So wurden wiederholt die Scheiben eingeschlagen, Hakenkreuze geschmiert und mehrfach – teilweise mit Erfolg – versucht, in die Räumlichkeiten einzubrechen. Aus Angst vor noch größeren Schäden an seinem Haus kündigte der Eigentümer den Mietvertrag des Vereins.

Zwar ließen sich die Aktiven des Vereins nicht einschüchtern und organisierten neue Räume, doch die Serie von Angriffen riss nicht ab. So griffen Neonazis im Oktober 2009 unter „Sieg Heil“-Rufen an einem Abend Gäste und Vereinsmitglieder mit Flaschen und Steinen an. Für Moritz Thielicke, Vereinsvorsitzender und Stadtratsmitglied, gehören Beleidigungen und Morddrohungen zum Alltag. In der Vergangenheit wurde er schon mehrfach mit Flaschen und Steinen angegriffen.

Im Juli 2009 kam es auf dem „Stadtparkfest“ aus einer Gruppe von rund 30 Neonazis heraus zu einem Angriff auf drei alternative Jugendliche. Alle drei erlitten Gehirnerschütterungen, einer musste mit einer Rippenprellung ins Krankenhaus.

Seit einigen Monaten versucht eine Gruppe, die sich „Autonome Nationalisten Limbach-Oberfrohna“ (ANLO) nennt, auf sich aufmerksam zu machen. Die ANLO beschränken sich nicht nur auf das Sprühen von Losungen, die einen „Nationalen Sozialismus“ oder „Todesstrafe für Kinderschänder“ fordern. Sie gehen vor allem gegen nicht-rechte Jugendliche aus dem Umland vor, die sie durch Morddrohungen und so genannte „Hausbesuche“ einschüchtern wollen.

Anfang Januar forderte die Fraktion der LINKEN im Stadtrat die Initiierung eines unabhängigen „Runden Tisch gegen Gewalt und Extremismus“. Die von der örtlichen SPD unterstützte Idee ist nicht neu. Bereits Ende 2008 versuchten FDP und LINKE, einen „Runden Tisch“ durchzusetzen. Doch damals wie heute scheiterte das Vorhaben an der CDU. Jürgen Zöllner, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagte gegenüber der „Freien Presse“, dass es in der Stadt „kein rechtes Problem“ gebe. Stattdessen verwies er auf den „Präventiven Rat“, der einen „Runden Tisch“ „überflüssig“ mache. Der „Präventive Rat“ tagt hinter verschlossenen Türen, die Mitglieder werden vom Vorsitzenden bestimmt und die Ergebnisse dringen nicht nach außen. Doch laut Zöllner wurden die „Vorfälle“ rund um das Vereinshaus in diesem geheim tagenden Gremium „ausgiebig“ besprochen.

Maik Baumgärtner

Hakenkreuze auf Grabsteinen

Auch im vergangenen Jahr wurden wieder zahlreiche jüdische Friedhöfe und Einrichtungen geschändet. Nachfolgend dokumentiert bnr.de ausgewählte Vorfälle dieser Chronik des Hasses.

Vermutlich in der Nacht zum 1. Januar wurden in Olfen (Nordrhein-Westfalen) Hakenkreuz-Schmierereien am Gedenkstein auf dem Jüdischen Friedhof in Olfen angebracht. („Ruhr Nachrichten" vom 7.1.2009) In der Nacht zum 8. Januar wurde auf das Haus der Jüdischen Gemeinde in Rostock ein Anschlag verübt. Unbekannte warfen mit Steinen mehrere Scheiben ein, darunter auch ein Fenster mit einem eingeschliffenen Davidstern. (ddp / „Ostsee-Zeitung" online vom 8.1.2009)

In Bad Segeberg in Schleswig-Holstein fand sich am 10. Januar neben dem alten Jüdischen Friedhof der Spruch „Juden raus aus Palästina – Intifada". Zwei weitere Schmierereien mit den Kürzeln NSBA und NSR, hinter denen sich vermutlich die „Nationalen Sozialisten – Bundesweite Aktion" und die „Nationalen Sozialisten Rostock" verbergen sollen, war an Stromverteilerkästen angebracht. („Jüdische Allgemeine, 3/2009) Im Zeitraum zwischen dem 9. und 11. Januar wurde ein Gedenkstein an der ehemaligen Synagoge in Teterow (Landkreis Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern) zerstört. (Endstation Rechts vom 12.1.2009)

Angaben der Polizei zufolge sprühten unbekannte Täter in der Nacht zum 24. Januar Hakenkreuze auf die drei Gedenktafeln am Jüdischen Friedhof in Unna, Nordrhein-Westfalen. (Pressemitteilung der Polizei Unna vom 26. Januar) Am Morgen des 27. wurde die Gedenkstätte an der Synagogenstraße in Witten (Nordrhein-Westfalen) mit roter Lackfarbe beschmiert. Die Gedenkstätte erinnert an die Zerstörung der Wittener Synagoge 1938. („Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 30.1.2009)

In Berlin wurde am 2. Februar ein Denkmal für den 1943 ermordeten tschechischen Journalisten und Politiker Julius Fucik an der Heinrich-Mann-Straße in Berlin-Niederschönhausen mit antisemitischen Schmierereien geschändet. („Berliner Morgenpost" vom 3.2. / ddp vom 3.2.2009) Am 14. Februar besprühten drei unbekannte junge Männer in Wertheim in Baden-Württemberg eine jüdische Gedenkstätte mit Graffiti. Unter anderem versahen sie die Anlage mit einem Hakenkreuz. (Radio Gong vom 16.2.2009).

In Prenzlau in Brandenburg beschmierten unbekannte Täter am 1. März eine jüdische Gedenktafel mit fremdenfeindlichen Parolen. (ddp vom 2.3.2009) Mit einem Hakenkreuz und dem Kürzel ANSW wurde am 3. März der an die ehemalige Synagoge erinnernde Gedenkstein in Waren (Mecklenburg-Vorpommern) besudelt. (Endstation Rechts vom 4.3.2009) Der Arbeitskreis jüdisches Leben in Warendorf in Nordhein-Westfalen erstattete am 9. März Anzeige gegen Unbekannt, weil Neonazis die Mahn-Stele zur Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus mit zwei Aufklebern antiisraelischen und antisemitischen Inhalts beklebt hatten. Ein Aufkleber trug im Impressum den Hinweis auf die „Kameradschaft Hamm". („Westfälische Nachrichten" vom 10.3.2009) In der Nacht zum 10. wurden die Synagoge und Gedenksteine am Marktplatz in Eisleben (Kreis Mansfeld-Südharz, Thüringen) mit volksverhetzenden Sprüchen beschmiert. („Volksstimme" online vom 10.3.2009)

Denkmal für Synagoge zertrümmert

Vermutlich in der 15. Kalenderwoche warfen Unbekannte auf dem Jüdischen Friedhof Jebenhausen in Baden-Württemberg sieben Grabsteine um. Der Sachschaden betrug rund 5000 Euro. („Südwest Presse" vom 22.4.2009) Am 28. April wurde auf die Eingangstür des Jüdischen Gemeindezentrums in Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt ein Hakenkreuz gesprüht. (dpa / „Mitteldeutsche Zeitung" vom 29.4.2009)

Am ersten Mai-Wochenende kam es zu einer Grabschändung auf dem jüdischen Teil des Pforzheimer Hauptfriedhofs in Pforzheim (Baden-Württemberg). Fünf Grabsteine wurden aus der Verankerung gerissen und mit der Inschrift nach unten auf die Erde gelegt. („Pforzheimer Zeitung" vom 5.5.2009) Vermutlich am 23. oder 24. Mai wurde die Gedenktafel für die im März 1938 zerstörte Synagoge in Kassel von Unbekannten mit Farbe besprüht. 5.2009) In der Nacht zum 30. Mai zertrümmerten Unbekannte das im November 2008 enthüllte jüdische Denkmal in Hellenthal-Blumenthal in Nordrhein-Westfalen. Das 8000 Euro teure Denkmal stand an der

Stelle, an der früher die Synagoge stand. („Kölner Stadt-Anzeiger“ online vom 30. 5.2009)

Am 1. Juni wurde der Polizei die Schändung des Jüdischen Friedhofs in Dransfeld (Niedersachsen) gemeldet. Drei Grabsteine waren gewaltsam aus ihrer Verankerung gerissen und umgestürzt worden. Auf einen noch stehenden Grabstein war ein etwa 20 Zentimeter großes Hakenkreuz geritzt. Der Sachschaden wurde auf 3000 Euro geschätzt. („Hessisch-Niedersächsische Allgemeine“ vom 3. 6. / Pressemitteilung der Polizeidirektion Göttingen vom 1.6.2009) Vermutlich am Wochenende vom 6./7. Juni wurde der Jüdische Friedhof in den Urdenbacher Kämpen, einem Gebiet zwischen Düsseldorf und Monheim-Baumberg, geschändet. Neun Grabsteine lagen auf dem Boden, zum Teil aus dem Fundament gebrochen und samt Wurzelwerk aus der Erde gerissen. („Neue Ruhr/Rhein-Zeitung“ vom 9.6.2009) Am 17. Juni teilte die Polizei den Fund einer Gedenktafel für NS-Opfer in einem Altkleidercontainer in Wittenberge (Brandenburg) mit. Unbekannte hatten die Tafel von einem Denkmal nahe dem Haupteingang des Friedhofs entfernt und in den Container geworfen. (ddp vom 17.6.2009) In der Nacht zum 29. Juni wurden volksverhetzende Sprüche und Zeichen auf das Asylbewerberheim und den Gedenkstein der Synagoge in Forst (Lausitz, Brandenburg) geschmiert. („Lausitzer Rundschau“ vom 1.7.2009) In Dessau-Roßlau stahlen Unbekannte Ende Juli mehrere Stolpersteine. (dpa / „Volksstimme“ vom 31.7.2009)

Gedenktafel in den Fluss geworfen

Unbekannte entwendeten am 1. September zwei Stolpersteine in Berlin-Pankow. („Welt“ online vom 2.9.2009) In der Nacht zum 10. September wurde die KZ-Gedenkstätte in Mannheim-Sandhofen mit dem NPD-Plakat „Heimreise statt Einreise“ verschandelt. Das Plakat war mit Kunststoffkleber angebracht. („Mannheimer Morgen“ vom 11.11.2009) In der Zeit vom 12. bis 14. September sprühten Unbekannte an die Fassade der Trierer Synagoge mit roter Leuchtfarbe ein Hakenkreuz sowie Teile einer SS-Rune. („Trierischer Volksfreund“ online vom 17.11.2009) Am 15. September berichtete die „Rheinische Post“ über eine kurz zuvor erfolgte Hakenkreuz-Schmiererei auf dem Mahnmal für die jüdischen Bürger in dem Nettetaler Stadtteil Lobberich in Nordrhein-Westfalen. („Rheinische Post“ vom 15.9.2009) Am 29. September teilte die Polizei mit, dass das Jüdische Mahnmal in Wolfenbüttel in Niedersachsen beschädigt wurde. (dpa/„Cellesche Zeitung“ online vom 29.9.2009)

In der Nacht zum 3. Oktober wurde das Mahnmal der Jüdischen Gedenkstätte in Kleve mit zwei Hakenkreuzen besprüht. (www.derwesten.de vom 4.10.2009) Ende Oktober stahlen Unbekannte in Stralsund eine von Bundeskanzlerin Merkel persönlich gestiftete Gedenktafel, die an den Brand der Synagoge erinnert, und warfen sie in den Strelasund. Beim rechtsextremen Internetportal Altermedia war dazu zu lesen: „Ein Stück Altmetall, das einen Spruch von Anne Frank ziert und im Weiteren darauf hinweist, dass es in der Stadt mal eine Synagoge gegeben hat.“ Die Täter stellten später im Internetportal Youtube ein Video ein, das dokumentierte, wie die Tafel in den Fluss geworfen wurde. („Spiegel“ online vom 4.11. / Altermedia vom 5.11. / „Märkische Oderzeitung“ vom 11.11.2009)

Am 11. November wurde festgestellt, dass der Jüdische Friedhof im Stadtwald im hessischen Kronberg geschändet worden war. Die Täter besprühten 19 Grabsteine und eine Gedenktafel mit Hinweisen an die Reichspogromnacht mit roter und weißer Farbe. Außerdem traten sie einzelne Latten des Zauns ab. (ddp vom 12.11.2009) In der Nacht zum 12. wurde der Gedenkstein für die während der NS-Zeit zerstörte Synagoge in Laatzen (Niedersachsen) geschändet. Unbekannte hatten den Gedenkstein mit Farbe beschmiert und einen am 9. November im Gedenken an die Reichspogromnacht angebrachten Kranz umgestoßen. (dpa / „Bild“ vom 12.11.2009) In der Nacht zum 30. schändeten Unbekannte auf einem Friedhof in Oschersleben (Landkreis Börde) Gräber von verstorbenen jüdischen Bewohnern der Gemeinde, drei Grabsteine wurden umgeworfen. (ddp vom 30.11.2009)

In der Nacht zum 16. Dezember wurde ein jüdisches Denkmal in Wesel, Nordrhein-Westfalen, von Unbekannten mit Mörtel überschüttet. Das Mahnmal erinnert an die von den Nazis verfolgten und ermordeten jüdischen Bürger von Wesel. (www.rp-online.de vom 18.12.2009).

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Zweifel am „Endsieg"

Im März 1945 ordnete Hitler die Zerstörung der gesamten Infrastruktur an – ausgerechnet Rüstungsminister Albert Speer verhinderte aber maßgeblich die Ausführung des so genannten „Nero-Befehls".

„Der Kampf um die Existenz unseres Volkes zwingt auch innerhalb des Reichsgebietes zur Ausnutzung aller Mittel, die die Kampfkraft unseres Feindes schwächen und sein weiteres Vordringen behindern… Ich befehle daher: 1) Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören. 2) Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörungen sind die militärischen Kommandobehörden für alle militärischen Objekte einschl. der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen, die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare für alle Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstige Sachwerte; den Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren ist bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch die Truppe die notwendige Hilfe zu leisten."

Diesen historischen Vernichtungsbefehl Hitlers vom 19. März 1945 veröffentlichte der britische Historiker Ian Kershaw in seiner berühmten Dokumentation „Hitler 1936 – 1945", die im Jahr 2000 in deutscher Übersetzung in der Deutschen VerlagsAnstalt in Stuttgart erschien. Kershaw hat das Papier in den Protokollen des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg gefunden und zwar in den Beweisen für oder gegen Albert Speer (IMT Bd. 91, S. 430). Hitlers Befehl gehörte zu den Speer-Dokumenten, weil Speer es war, der maßgeblich verhindert hat, dass dieser Befehl ausgeführt wurde. Ihm, Speer war es nämlich gelungen, die Verantwortung für die Ausführung dieses Befehls zu bekommen – allerdings nicht von Hitler persönlich, sondern von den zuständigen Gauleitern. Sie waren schließlich die obersten Repräsentanten Hitlers.

Albert Speer, Hitlers Rüstungsminister und oberster Architekt, galt als einziger Mann in der Reichsregierung, der immerhin eine Art von Freundschaft zu Hitler hatte aufbauen können. Deshalb war Hitler auch bodenlos enttäuscht, als Speer ihm im März 1945 erklärte, er glaube nicht mehr an einen deutschen Sieg.

In dem Film „Der Untergang" wird die Szene ausführlich gespielt, die Joachim C. Fest in seinem Buch über den Diktator beschreibt. (J.C. Fest, „Hitler", Frankfurt/Wien/Berlin 1973, S. 995 ff.) Am 18. März 1945 hatte Speer Hitler eine Denkschrift überreicht, in der er ankündigte, die deutsche Wirtschaft werde binnen kurzem vollständig zusammenbrechen. Speer erinnerte sich später an Hitlers Reaktion auf seine Denkschrift so: Hitler habe erklärt, „… es sei besser, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrig bleibe, seien ohnehin nur die Minderwertigen; denn die Guten seien gefallen." (Fest, ebd., S. 999) Hitler beschwor Speer geradezu, doch an den „Endsieg" zu glauben, aber der blieb bei seiner Meinung. Darauf Hitler: „Wenn Sie wenigstens hoffen könnten, dass wir nicht verloren haben, … dann wäre ich zufrieden." Speer erbat sich eine Bedenkzeit von 24 Stunden. Hitler, so Fest, zeigte sich so bewegt, dass er ihm sogar einen Teil der entzogenen Vollmachten zurück gab." (Fest, ebd.) Tatsächlich war Speer bereits unmittelbar nach der Jahreswende 1944/1945 von der Niederlage Deutschlands überzeugt.

Von den Gauleitern, mit denen es Speer nun zu tun bekam, war nur einer dafür, den „Nero-Plan, wie er nun genannt wurde, umzusetzen: Friedrich Karl Florian, Chef des Gaus Düsseldorf und damit Herr über das Ruhrgebiet mit seinen ungezählten Schachtanlagen, Brücken, Schienenwegen, Kanälen, Straßen und Industriebetrieben. Er konnte allerdings nichts mehr ausrichten, weil der Chef dieses Wehrkreises, Generalfeldmarschall Walter Model, jede Unterstützung verweigerte und Speer dem General den Rücken freihielt. Außerdem kam die britische Armee im Vormarsch auf das Ruhrgebiet zügiger als erwartet voran und konnte bald Düsseldorf, Essen und das gesamte Revier schnell befreien. Damit verlor der „Nero-Befehl" – benannt nach dem zerstörungswütigen römischen Kaiser Nero – ohnehin jede Chance, mit der Hitler dem Volk jedwede Grundlage für dessen Weiterleben nach der Befreiung rauben wollte. Grund genug, daran zu erinnern.

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

Grenzüberschreitende SS-Nostalgie

Ungarn (Budapest) – Am 13. Februar findet in der ungarischen Hauptstadt Budapest das internationale Neonazi-Gedenktreffen „Tag der Ehre“ statt. Mit dem „Tag der Ehre“ wollen Neonazis ihre historischen Vorbilder feiern. Am 11. Februar 1945 hatten ungarische Truppen zusammen mit Einheiten der Waffen-SS einen Ausbruch aus dem von der sowjetischen Armee eingekreisten Budapester Burgviertel unternommen. Neonazis bezeichnen diesen Tag, der sich nun zum 65. Mal jährt, als „Tag der Ehre“. Veranstalter des braunen Spektakels ist die Anfang 2009 gegründete Gruppierung „Einheitliches Ungarn Bewegung“ (Egységes Magyarorszá´g Mozgalom). Teilnehmende Organisationen sind unter anderem die „Ungarische Nationale Frontlinie“ (Magyar Nemzeti Arcvonal), die „Nationale Wacharmee“ (Nemzeti Őrsereg), die „Organisation der Goldspießträger“ (Aranykopjások Egyesülete), die „Hüter Ungarische Garde Bewegung“ (Őrző Magyar Gárda Mozgalom), die „Pax Hungarica Bewegung“ (Pax Hungarica Mozgalom), „Szekler-Schild“ (Székely Pajzs) und die „Neue Ungarische Garde Bewegung“ (Új Magyar Gárda Mozgalom). Beim „Tag der Ehre“ 2009 fanden sich rund 2000 Neonazis aus Ungarn, Österreich, Bundesrepublik, Italien, Tschechien, Schweden und England ein. An dem Neonazi-Gedenktreffen nahmen in den letzten Jahren auch immer wieder hochkarätige NPD-Funktionäre, darunter NPD-Chef Udo Voigt, teil. (am)

Rechte Konkurrenten

Duisburg – Die NPD macht der rechtspopulistischen Konkurrenz von „pro NRW“ bei deren Aktionen für ein Minarettverbot direkte Konkurrenz. Just für jenes Wochenende, an dem „pro NRW“ eine „Konferenz“ zum Minarettverbot (27. März) sowie einen „Sternmarsch“ zur Merkez-Moschee im Duisburger Stadtteil Marxloh (28. März) terminiert hat, kündigte die nordrhein-westfälische NPD ihrerseits ein Aktionswochenende in Duisburg an. Eine Kundgebung der NPD soll am 27. März vor der Merkez-Moschee stattfinden. Am Tag darauf, wenn „pro“ zum „Sternmarsch“ zur Moschee aufruft, steht eine NPD-Demonstration unter dem Motto „Der kulturellen, ethnischen und religiösen Überfremdung unserer Heimat entgegentreten – Keine islamische Machtsymbolik in unseren Städten und Gemeinden!“ auf dem Programm. Über deren geplante Route wurden keine Angaben gemacht. (ts)

„Arbeiterkampftag“ in Schweinfurt

Schweinfurt – In Schweinfurt ist eine weitere Neonazi-Demonstration zum 1. Mai angemeldet worden. Veranstalter ist ein „Nationales und soziales Aktionsbündnis 01. Mai“. Zu den Unterstützern zählen bislang Neonazikameradschaften und Aktionsbüros, NPD- und JN-Gliederungen überwiegend aus Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Auffällig ist, dass mit dem „Freier Widerstand Süddeutschland“ und dem „Freien Netz Süd“ zwei bisher miteinander konkurrierende Gruppen gemeinsam auf der Liste der Unterstützer stehen. Der Aufmarsch soll unter dem Motto „Kapitalismus bedeutet Krieg! Heraus zum 1. Mai! Auf zum deutschen Arbeiterkampftag nach Schweinfurt!“ stehen. Zuvor waren bereits Neonazi-Demos am 1. Mai in Berlin und Erfurt angekündigt worden. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de